

Was unsere Leser unbedingt über den Europäischen Stabilisierungsmechanismus / ESM wissen sollten.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 090/12 – 04.05.12

Der Europäische Stabilisierungsmechanismus / ESM, oder wie der Goldman-Vampirkrake Europa ausplündern will

Von Ellen Brown

Web of Debt, 18.04.12

(<http://www.webofdebt.com/articles/goldmansachs.php>)

Der Coup der Goldman Sachs Group (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Goldman_Sachs), der in den USA scheiterte, scheint in Europa zu gelingen – eine dauerhafte, unwiderrufliche, unanfechtbare Übernahme der Verluste der Banken durch die Steuerzahler.

Im September 2008 ist es Henry Paulson, dem damaligen Vorstandsvorsitzenden von Goldman Sachs, gelungen, den Kongress so unter Druck zu setzen, dass dieser 700 Milliarden Dollar für die Entschuldung der Banken bewilligte. Um das zu erreichen, musste er auf die Knie fallen und mit dem Zusammenbruch des globalen Finanzsystems und der Einführung des Kriegsrechts drohen; aber diese (erpresste) Entschuldung war eine einmalige Angelegenheit. Der von Paulson geforderte dauerhafte Entschuldungsfonds – das Troubled Asset Relief Program / TARP (ein Programm zur Übernahme aller fauler Anlagen) – stieß im Kongress auf Widerstand und wurde letztendlich abgelehnt.

Im Dezember 2011 genehmigte Mario Draghi (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Mario_Draghi), der Präsident der Europäischen Zentralbank / EZB (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Zentralbank), der vorher Vizepräsident von Goldman Sachs Europa war, Entschuldungszahlungen von 500 Milliarden Euro für die europäischen Banken, ohne vorher irgendjemand um Erlaubnis zu fragen. Und im Januar 2012 schlug er ebenso überraschend einen dauerhaften Rettungsschirm mit dem Namen European Stability Mechanism / ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Stabilit%C3%A4tsmechanismus) vor, der in den Medien kaum erwähnt wurde. Der ESM verpflichtet die Regierungen der EU-Mitglieder zur unbegrenzten Übernahme von Bankverlusten und zwingt die Steuerzahler für alle Forderungen aufzukommen, die Eurokraten für den ESM erheben.

Europa hat den Coup der Banker anscheinend kampflos akzeptiert. Der ESM wird sowohl von den Regierungen der Euro-Zone als auch von ihren Gläubigern und "dem Markt" bejubelt, weil Investoren jetzt weiterhin unbesorgt Staatsanleihen kaufen können. Da die Forderungen der Gläubiger(banken) gesichert bleiben, können sie die verschuldeten Regierungen der Euro-Zone weiterhin mit Geld (in unbegrenzter Höhe) versorgen.

Dabei gäbe es eine Alternative, und die europäischen Staaten müssten nicht zu Schuldklaven der Banken werden. Schauen wir uns aber zunächst die gefährliche Schattenseite des ESM und die verdeckte Übernahme der EZB durch Goldman Sachs genauer an.

Die dunkle Seite des ESM

Der ESM ist ein dauerhafter Rettungsschirm, der die vorläufige European Financial Stability Facility / EFSF (die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, weitere Informationen

dazu sind aufzurufen unter http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Stabilit%C3%A4tsmechanismus#Europ.C3.A4ische_Finanzstabilisierungsfazilit.C3.A4t_28EFSF_29) und den European Financial Stabilization Mechanism / EFSM (den Europäischen Mechanismus zur Stabilisierung der Finanzen, Infos dazu s. <http://www.parliament.uk/briefing-papers/SN05973>) ersetzen soll, sobald er von Mitgliedstaaten, die 90 Prozent seiner Kapitalausstattung repräsentieren, ratifiziert ist; das soll bis Juli 2012 geschehen sein. Ein im Dezember 2011 in youtube ursprünglich mit deutschem Text veröffentlichtes Video (s. <http://www.youtube.com/watch?v=d6JKlbbvcu0>) mit dem Titel "The shocking truth of the pending EU collapse!" (deutscher Titel: Stoppt die EU-Schuldenunion!) macht die Auswirkungen des ESM so deutlich, dass es sich lohnt, es ausführlich zu zitieren. Darin wird festgestellt:

Die EU plant ein neues grundlegendes Gesetz, den Vertrag zum so genannten Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM (Eine Arbeitsübersetzung des Vertragsentwurfs ist aufzurufen unter http://www.peter-bleser.de/upload/PDF-Listen/E-Mail-Info_Eurostabilisierung/Entwurf_Vertrag_ESM.pdf), die Schuldenunion. ... Das Grundkapital beträgt 700 Milliarden Euro. Ich frage mich, wieso eigentlich 700 Milliarden? Woher kommt diese Zahl? [Wahrscheinliche Antwort: weil der US-Kongress 2008 ebenfalls 700 Milliarden Dollar bewilligt hat.] ...

"Artikel 9: Kapitalabruf

3. ... Die ESM-Mitglieder sagen hiermit bedingungslos und unwiderruflich zu, bei Anforderung jeglichem ... Kapitalabruf binnen 7 (sieben) Tagen nach Erhalt dieser Anforderung nachzukommen."...

Ich habe verstanden, wenn der ESM ruft, dann muss es schnell gehen. Wenn der ESM Geld braucht, müssen wir innerhalb von sieben Tagen den Überweisungsträger ausfüllen Aber was heißt "bedingungslos und unwiderruflich"? ... wenn ein neues Parlament gewählt wird, das den Transfer zum Beispiel nicht mehr will, kann es ihn dann nicht mehr verweigern? ...

"Artikel 10: Änderung des Grundkapitals

Der Gouverneursrat kann Änderungen des Grundkapitals beschließen und Artikel 8 ... entsprechend abändern."

Ich frage mich, wie bitte, die 700 Milliarden sind also nur der Anfang? Der ESM kann also beliebig nachfordern, unbegrenzt, und wir sind dann – siehe Artikel 9 – verpflichtet, bedingungslos und unwiderruflich zu zahlen?

"Artikel 27: Rechtsstellung des ESM, Immunitäten und Vorrechte

2. Der ESM ... verfügt über volle Rechts- und Geschäftsfähigkeit für ... das Anstrengen von Gerichtsverfahren"

Ich frage mich, der ESM kann selber klagen, aber nicht verklagt werden?

"Artikel 27

4. Das Eigentum, die Finanzmittel und Vermögenswerte des ESM sind von Zugriff durch Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jede andere Form der Inbesitznahme durch Regierungshandeln oder auf dem Gerichts-, Verwaltungs- oder Gesetzeswege befreit."

Ich frag mich, befreit von Zugriffen durch Gerichte? Das hatten wir ja eben schon, aber auch unsere Regierungen, unsere Verwaltungen und unsere demokratischen Gesetze, alle macht- und rechtlos gegen den ESM? Ganz schön mächtig, dieser ESM!

"Artikel 30: Immunität von Personen

1. Die Gouverneursratsmitglieder, Direktoren und Stellvertreter und das Personal genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer ... Handlungen und Unverletzlichkeit amtlicher Schriftstücke"

Ich frage mich, und wer da mitmacht, ist fein raus? Keine Verantwortung, niemandem gegenüber, und unverletzliche Schriftstücke, heißt das, dass wir sie nicht kaputt machen dürfen oder gar nicht erst einsehen? Eine neue Behörde, an die wir mit Sieben-Tages-Frist unbegrenzt unser Vermögen abliefern müssen, wenn die das wollen. Die Behörde kann uns verklagen, wir sie aber nicht. Alle Beteiligten genießen Immunität. Es gelten keine Gesetze. Keine Regierung kann etwas unternehmen. Europas Staatshaushalte in einer und noch dazu nicht gewählten Hand. Ist das die Zukunft Europas? Ist das die neue EU, ein Europa ohne souveräne Demokratien? Wollen Sie das?

Der Goldman-Krake greift sich die EZB

Im November 2011 hat der frühere Goldman-Manager Mario Draghi geräuschlos und von der Presse kaum bemerkt Jean-Claude Trichet als Chef der EZB abgelöst. Draghi vergebete keine Zeit; er ließ den Banken sofort das zukommen, was die EZB den Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten vorher hartnäckig verweigert hatte: verschwenderisch viel Geld zu äußerst günstigen Zinsen. Der französische Blogger Simon Thorpe hat dazu (unter <http://simonthorpesideas.blogspot.de/2011/12/insanity-of-ecb-lending-how-goldman.html>) Folgendes geschrieben:

Am 21. Dezember hat die EZB den europäischen Banken 489 Milliarden Euro zu dem äußerst günstigen Zinssatz von nur 1 Prozent für die Dauer von drei Jahren "geliehen". Ich sage zwar "geliehen", in Wirklichkeit hat sie aber nur die Gelddruckmaschinen laufen lassen. Die EZB hatte überhaupt nicht so viel Geld zum Verleihen. Sie betrieb eigentlich nur "Quantitative Easing" (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Quantitative_Lockerung).

Sofort haben sich insgesamt 523 Banken auf das Geld gestürzt . Es war der komplette Wahnsinn. Die EZB hofft, dass sie etwas Sinnvolles damit anfangen und es zum Beispiel zu günstigen Konditionen den Griechen leihen werden, die derzeit 18 Prozent Zinsen für ihre Staatsanleihen bezahlen müssen. Die EZB hat den Banken aber keinerlei Auflagen gemacht. Wenn es die Banker nur dazu verwenden, sich selbst hohe Boni zu zahlen, geht das in Ordnung. Sie könnten das ganze Geld aber auch in Steuerparadiesen bunkern.

Bei 18 Prozent Zinsen haben sich die Schulden in nur vier Jahren verdoppelt. Es sind vor allem diese hohen Zinsen und nicht die Schulden selbst, die Griechenland und andere Schuldnerländer erdrücken. Thorpe schlägt eine wirksame Lösung für dieses Problem vor:

"Warum leiht die EZB der griechischen Regierung das benötigte Geld nicht selbst? Oder der portugiesischen Regierung, die sich zur Zeit Geld für 11,9 Prozent leihen muss? Oder der ungarischen Regierung, die 8,53 Prozent Zinsen zu zahlen hat? Oder der irischen Regierung, der 8,51 Prozent abverlangt werden? Oder der italienischen Regierung, die mit 7,06 Prozent zur Kasse gebeten wird?

Das ist nicht möglich, weil der Artikel 123 des Vertrages von Lissabon die EZB daran hindert, den Regierungen direkt Geld zu leihen." [Der komplette Vertragstext kann als PDF-Datei über [3/8](http://bookshop.europa.eu/is-bin/INTERSHOP.enfinity/WFS/EU-</p></div><div data-bbox=)

Bookshop-Site/de_DE/-/EUR/ViewPublication-Start?PublicationKey=FXAC10083

heruntergeladen werden. Der Artikel 123 lautet:

(1) Überziehungs- oder andere Kreditfazilitäten bei der Europäischen Zentralbank oder den Zentralbanken der Mitgliedstaaten (im Folgenden als „nationale Zentralbanken“ bezeichnet) für Organe, Einrichtungen oder sonstige Stellen der Union, Zentralregierungen, regionale oder lokale Gebietskörperschaften oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, sonstige Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentliche Unternehmen der Mitgliedstaaten sind ebenso verboten wie der unmittelbare Erwerb von Schuldtiteln von diesen durch die Europäische Zentralbank oder die nationalen Zentralbanken.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten nicht für Kreditinstitute in öffentlichem Eigentum; diese werden von der jeweiligen nationalen Zentralbank und der Europäischen Zentralbank, was die Bereitstellung von Zentralbankgeld betrifft, wie private Kreditinstitute behandelt.)]

Thorpe meint dazu: "Nach meinem Verständnis soll der Artikel 123 verhindern, dass gewählte Regierungen Zentralbanken missbrauchen, indem sie ihnen befehlen, Geld zur Finanzierung übermäßiger Ausgaben zu drucken. Deshalb, so wird uns gesagt, müsse die EZB unabhängig von den Regierungen bleiben. Okay. Was wir jetzt haben, ist aber sehr viel schlimmer. Die EZB befindet sich jetzt völlig in den Händen des Bankensektors. Wenn die Banken fordern: 'Wir wollen eine halbe Milliarde wirklich billiges Geld!', dann ist das kein Problem. Mario (der Chef der EZB) kann das prompt für sie regeln. Er braucht ja niemand zu fragen. Kaum hatte die EZB den Geldregen angekündigt, war er auch schon versickert."

Wenn die EZB unter Aufsicht gewählter Regierungen stünde, hätten wir wenigstens etwas Einfluss, weil wir diese Regierungen ja wählen. Das Pack, das die EZB jetzt in seine schmutzigen Hände bekommen hat und dort die Macht ausübt, tut das völlig unkontrolliert.

Goldman Sachs und die Finanztechnokraten haben das europäische Schiff gekapert. Die Demokratie wurde über Bord geworfen, und das alles nur, um die "Unabhängigkeit" der EZB zu wahren und zu verhindern, dass sie von Regierungen "missbraucht" wird. Dabei repräsentieren demokratisch gewählte Regierungen doch die Bürger – oder sollten das wenigstens tun. Die Europäer haben sich ihre geschätzte Demokratie von einer skrupellosen Bande von Finanzpiraten rauben lassen, und dem Rest der Welt droht das gleiche Schicksal.

Anstatt den knebelnden ESM-Vertrag zu ratifizieren, sollten die Europäer besser den Artikel Artikel 123 des Vertrages von Lissabon ändern. Dann könnte die EZB den Regierungen der Mitgliedsländer selbst Kredite geben. Alternativ könnten sich die Regierungen der Euro-Zone ihre wirtschaftliche Souveränität zurückholen, indem sie ihre staatlichen Zentralbanken wiederbeleben und sie zum Wohl ihrer Nationen zinslose Kredite vergeben lassen. Diese Idee ist nicht neu, sie wurde in der Vergangenheit schon sehr erfolgreich umgesetzt, z. B. in Australien durch die Commonwealth Bank of Australia und in Kanada durch die Bank of Canada.

Das Recht zur Ausgabe von Geld und Krediten wurde aber zugunsten der Finanzhaie privatisiert, und die benutzen es, um den Wirtschaften der Länder das Herzblut auszusaugen. Dieses Recht muss den souveränen Regierungen zurückgegeben werden. Kredite sollten nur noch Staaten vergeben dürfen – und das allein zum Wohl ihrer Bürger.

Wenn Sie ebenfalls einen Brief unterzeichnen wollen, in dem die Parlamentarier aufgefordert werden, den ESM nicht zu ratifizieren, können Sie das tun unter http://www.courtfool.-info/en_EUROPEAN_ACTION_AGAINST_ESM.htm .

Ellen Brown ist Rechtsanwältin und Präsidentin des Public Banking Institute (s. <http://PublicBankingInstitute.org>). In "Web of Debt" (Schuldennetz), ihrem jüngsten von elf Büchern, zeigt sie, wie sich ein privates Kartell die Macht zum Ausplündern der Völker verschafft hat, und wie die Menschen sich ihr Geld zurückholen können. Sie betreibt die Websites <http://WebofDebt.com> und <http://EllenBrown.com> .

(Wir haben den sehr erhellenden Artikel, den wir zu gründlichster Lektüre empfehlen, komplett übersetzt, und mit Ergänzungen und unbedingt aufzurufenden Links versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.



The European Stabilization Mechanism, Or How the Goldman Vampire Squid Just Captured Europe

By Ellen Brown
April 18, 2012

The Goldman Sachs coup that failed in America has nearly succeeded in Europe—a permanent, irrevocable, unchallengeable bailout for the banks underwritten by the taxpayers.

In September 2008, Henry Paulson, former CEO of Goldman Sachs, managed to extort a \$700 billion bank bailout from Congress. But to pull it off, he had to fall on his knees and threaten the collapse of the entire global financial system and the imposition of martial law; and the bailout was a one-time affair. Paulson's plea for a permanent bailout fund—the Troubled Asset Relief Program or TARP—was opposed by Congress and ultimately rejected.

By December 2011, European Central Bank president Mario Draghi, former vice president of Goldman Sachs Europe, was able to approve a 500 billion Euro bailout for European banks without asking anyone's permission. And in January 2012, a permanent rescue funding program called the European Stability Mechanism (ESM) was passed in the dead of night with barely even a mention in the press. The ESM imposes an open-ended debt on EU member governments, putting taxpayers on the hook for whatever the ESM's Eurocrat overseers demand.

The bankers' coup has triumphed in Europe seemingly without a fight. The ESM is cheered by Eurozone governments, their creditors, and "the market" alike, because it means investors will keep buying sovereign debt. All is sacrificed to the demands of the creditors, because where else can the money be had to float the crippling debts of the Eurozone governments?

There is another alternative to debt slavery to the banks. But first, a closer look at the nefarious underbelly of the ESM and Goldman's silent takeover of the ECB

The Dark Side of the ESM

The ESM is a permanent rescue facility slated to replace the temporary European Financi-

al Stability Facility and European Financial Stabilization Mechanism as soon as Member States representing 90% of the capital commitments have ratified it, something that is expected to happen in July 2012. A December 2011 youtube video titled “The shocking truth of the pending EU collapse!”, originally posted in German, gives such a revealing look at the ESM that it is worth quoting here at length. It states:

The EU is planning a new treaty called the European Stability Mechanism, or ESM: a treaty of debt. . . . The authorized capital stock shall be 700 billion euros. Question: why 700 billion? [Probable answer: it simply mimicked the \$700 billion the U.S. Congress bought into in 2008.]

[Article 9]: “. . . ESM Members hereby irrevocably and unconditionally undertake to pay on demand any capital call made on them . . . within seven days of receipt of such demand.” . . . If the ESM needs money, we have seven days to pay. . . . But what does “irrevocably and unconditionally” mean? What if we have a new parliament, one that does not want to transfer money to the ESM?

[Article 10]: “The Board of Governors may decide to change the authorized capital and amend Article 8 ... accordingly.” Question: . . . 700 billion is just the beginning? The ESM can stock up the fund as much as it wants to, any time it wants to? And we would then be required under Article 9 to irrevocably and unconditionally pay up?

[Article 27, lines 2-3]: “The ESM, its property, funding, and assets . . . shall enjoy immunity from every form of judicial process” Question: So the ESM program can sue us, but we can’t challenge it in court?

[Article 27, line 4]: “The property, funding and assets of the ESM shall . . . be immune from search, requisition, confiscation, expropriation, or any other form of seizure, taking or foreclosure by executive, judicial, administrative or legislative action.” Question: . . . [T]his means that neither our governments, nor our legislatures, nor any of our democratic laws have any effect on the ESM organization? That’s a pretty powerful treaty!

[Article 30]: “Governors, alternate Governors, Directors, alternate Directors, the Managing Director and staff members shall be immune from legal process with respect to acts performed by them . . . and shall enjoy inviolability in respect of their official papers and documents.” Question: So anyone involved in the ESM is off the hook? They can’t be held accountable for anything? . . . The treaty establishes a new inter-governmental organization to which we are required to transfer unlimited assets within seven days if it so requests, an organization that can sue us but is immune from all forms of prosecution and whose managers enjoy the same immunity. There are no independent reviewers and no existing laws apply? Governments cannot take action against it? Europe’s national budgets in the hands of one single unelected inter-governmental organization? Is that the future of Europe? Is that the new EU – a Europe devoid of sovereign democracies?

The Goldman Squid Captures the ECB

Last November, without fanfare and barely noticed in the press, former Goldman exec Mario Draghi replaced Jean-Claude Trichet as head of the ECB. Draghi wasted no time doing for the banks what the ECB has refused to do for its member governments—lavish money on them at very cheap rates. French blogger Simon Thorpe reports:

On the 21st of December, the ECB “lent” 489 billion euros to European Banks at the extremely generous rate of just 1% over 3 years. I say “lent”, but in reality, they just ran the printing presses. The ECB doesn’t have the money to lend. It’s Quantitative Easing again.

The money was gobbled up virtually instantaneously by a total of 523 banks. It’s complete madness. The ECB hopes that the banks will do something useful with it – like lending the money to the Greeks, who are currently paying 18% to the bond markets to get money. But there are absolutely no strings attached. If the banks decide to pay bonuses with the money, that’s fine. Or they might just shift all the money to tax havens.

At 18% interest, debt doubles in just four years. It is this onerous interest burden, not the debt itself, that is crippling Greece and other debtor nations. Thorpe proposes the obvious solution:

Why not lend the money to the Greek government directly? Or to the Portuguese government, currently having to borrow money at 11.9%? Or the Hungarian government, currently paying 8.53%. Or the Irish government, currently paying 8.51%? Or the Italian government, who are having to pay 7.06%?

The stock objection to that alternative is that Article 123 of the Lisbon Treaty prevents the ECB from lending to governments. But Thorpe reasons:

My understanding is that Article 123 is there to prevent elected governments from abusing Central Banks by ordering them to print money to finance excessive spending. That, we are told, is why the ECB has to be independent from governments. OK. But what we have now is a million times worse. The ECB is now completely in the hands of the banking sector. “We want half a billion of really cheap money!!” they say. OK, no problem. Mario is here to fix that. And no need to consult anyone. By the time the ECB makes the announcement, the money has already disappeared.

At least if the ECB was working under the supervision of elected governments, we would have some influence when we elect those governments. But the bunch that now has their grubby hands on the instruments of power are now totally out of control.

Goldman Sachs and the financial technocrats have taken over the European ship. Democracy has gone out the window, all in the name of keeping the central bank independent from the “abuses” of government. Yet the government is the people—or it should be. A democratically elected government represents the people. Europeans are being hoodwinked into relinquishing their cherished democracy to a rogue band of financial pirates, and the rest of the world is not far behind.

Rather than ratifying the draconian ESM treaty, Europeans would be better advised to reverse article 123 of the Lisbon treaty. Then the ECB could issue credit directly to its member governments. Alternatively, Eurozone governments could re-establish their economic sovereignty by reviving their publicly-owned central banks and using them to issue the credit of the nation for the benefit of the nation, effectively interest-free. This is not a new idea but has been used historically to very good effect, e.g. in Australia through the Commonwealth Bank of Australia and in Canada through the Bank of Canada.

Today the issuance of money and credit has become the private right of vampire rentiers, who are using it to squeeze the lifeblood out of economies. This right needs to be retur-

ned to sovereign governments. Credit should be a public utility, dispensed and managed for the benefit of the people.

To add your signature to a letter to parliamentarians blocking ratification of the ESM, click here.

Ellen Brown is an attorney and president of the Public Banking Institute, <http://PublicBankingInstitute.org>. In *Web of Debt*, her latest of eleven books, she shows how a private cartel has usurped the power to create money from the people themselves, and how we the people can get it back. Her websites are <http://WebofDebt.com> and <http://EllenBrown.com>.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern